

# Exilregierung Deutsches Reich

Erzbischof Dr. Gerhard Staats

Charlottenburger Chaussee 101 (Postadresse)

13597 Berlin Germany

Baumholder CID Office

Amerikanische Kriminalpolizei

Lt.Gen. Christopher Cavoli

Gebäude 8720

Aulenbacher Str.

55774 Baumholder

Mein Anliegen: Strafanzeige gegen sämtliche Mitglieder der BRiD Bundesregierung wegen Staatssimulation sowie Staatsterrorismus, Treuhandbetrug sowie US

Steuerbetrug über Identitätsdiebstahl, alles im Sinne von Plündern als

Kriegsverbrechen: Sozialversicherungsnummer 11 120656 S 099

Rückerstattung aller Steuern und Abgaben sowie Bußgelder auf Lebenszeit, ebenso die Auszahlung sämtlicher Renditen aus dem Aktienhandel mit meiner

Geburtsurkunde mit Verzugszinsen

The US Department of Justice

Secretary of Justice

950 Pennsylvania avenue NW

Washington D. C. 20530-0001

USA

Datum: 17.06.2020

Strafanzeige/Strafantrag

Ich, Dr. Gerhard Staats, erstatte hiermit Strafanzeige/Strafantrag gegen die gesamte Bundesregierung welche nicht legal im Amt ist und somit ohne Mandat kriminell handelt.

erkläre hiermit im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte meine persönliche Unabhängigkeit und Freiheit als natürliche Person und erkläre die Erlöschung der juristischen Person, als welche ich bisher im bürokratischen Apparat der Bundesrepublik Deutschland (BRD) registriert und somit Sklave ihres „Tu dies oder jenes, sonst passiert dir was“- Apparates war.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass diese Erklärung „ihren“ Formalien nicht gerecht wird, aber genau das ist der Witz an der Sache.

Ich erkläre hiermit, dass die Institution BRD mit all ihren beauftragten Agenturen, „Behörden“, Organen, Personen und dergleichen zu keinem Zeitpunkt eine Legitimation von mir erhalten haben und auch nicht erhalten werden, über mich und meine Kinder zu bestimmen. Niemand, den ich nicht durch nachvollziehbare und wahrhaft demokratische Prozesse bevollmächtigt habe, hoheitliche Gewalt über mich auszuüben, hat ein Recht auf dieses. Die Vorspiegelung falscher Tatsachen, bei der BRD würde es sich um einen „demokratischen Rechtsstaat“ handeln, ist keine Legitimation, einfach über Menschen zu bestimmen.

In der BRD liegt bestenfalls die Vortäuschung demokratischer Prozesse vor, hinter deren Kulissen faschistische und repressive, totalitäre und willkürliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen eine manipulierte Bevölkerung stattfinden. Diesem versteckten Unrechtsstaat möchte ich hiermit meine Unterstützung verweigern und entsage mich dem Einflussbereich einer volksverräterischen und antidemokratischen, rein globalistisch und machtpolitisch orientierten Obrigkeitsstruktur.

Zwar beabsichtige ich nicht, gegen das in ihrem System geltende vorübergehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in einem besetzten Gebiet zu verstoßen. Doch da wir ja wissen, wie willkürlich ihre Gesetze gestrichen und geschrieben werden, kann ich dies leider nicht für alle Zukunft versprechen. Denn wie wir alle wissen, schreiben sie ja ihre Gesetze flexibel genug, dass morgen ein Verbrechen sein kann, was heute gerade noch so legal ist.

Diese Erklärung ist sowohl als bürgerlicher Protest, ziviler Ungehorsam, als auch als rechtlich gültiges Dokument zu betrachten. Jede Person, die meint, bar jeglicher völkerrechtlicher Legitimation unrechtmäßige Gewalt in welcher Form auch immer, gegen mich oder meine Kinder auszuüben, wird sich persönlich mit entsprechenden Klagen und Schadenersatzforderungen in angebrachter Höhe vor internationalen Menschengerichtshöfen konfrontiert sehen.

Es muß konstatiert werden:

1.) Die BRD ist als Staat bei der UNO am 03.10.1990 völkerrechtlich durch seinen damaligen Außenminister Genscher abgemeldet worden. Seit dem 03.10.1990 gibt es keinen Staat oder staatsähnliches Gebilde mit dem Namen BRD mehr!

2.) Genscher hat anstelle der BRD, den Namen Deutschland/Germany eintragen lassen (siehe Auszug UNO Eintrag)

3.) Der Eintrag Deutschland "Germany" ist laut Eintragung **nicht handlungsfähig**.

4.) **Deutschland wird bei der UNO vertreten durch eine Nichtregierungsorganisation.**  
Englisch: **Non-governmental organization (NGO).**

5.) Die Verwaltung, die Deutschland als NGO völkerrechtlich vertritt, hat sich selbst den Namen BRD gegeben.

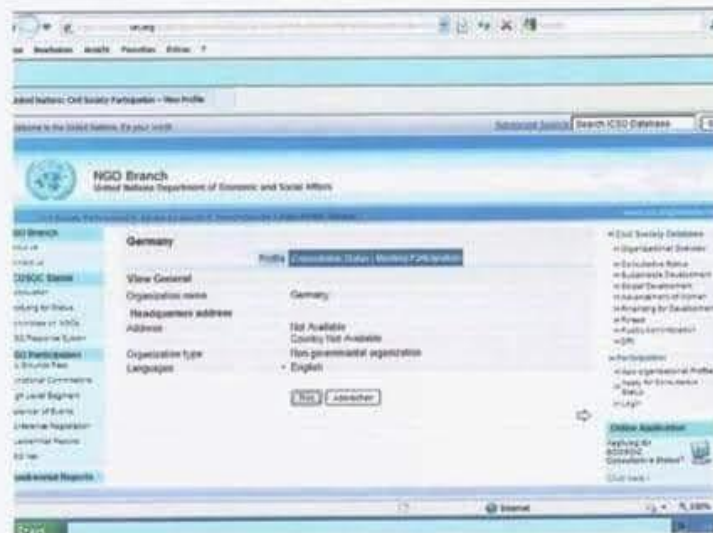
6.) **Die Täuschung der Bewohner in diesem Land ist ohne Beispiel.**

Warum? Na ja, die BRD-NGO und dies ist offenkundig, gibt sich als solche den Bewohnern dieses Landes nicht zu erkennen. **Die BRD-NGO simuliert einen Staat, ohne dazu berechtigt zu sein!**

**Es mangelt der BRD-NGO an allem, was einen Staat ausmacht (siehe oben).**

7.) Die BRD-NGO darf im Auftrag der Alliierten lediglich die beschlagnahmten Gebiete verwalten. **Diese NGO darf, wie alle anderen NGO's, keine Gesetze erlassen, diese auch nicht überwachen, geschweige denn vollziehen lassen.**  
Der Auftrag einer Nichtregierungs-Organisation ist durch die Alliierten in der Ablaufbeschreibung, der Arbeits- und Organisationsanweisung klar umschrieben: **VERWALTEN!**  
**Ein Grundgesetz kann eine NGO gar nicht haben, es sei denn sie übt eine Diktatur gegen das eigene Volk aus und betreibt aktiven GENOZID!**

**Das heißt, die NGO tauscht die Bevölkerung Zug um Zug einfach aus ...  
Na, klingelt's langsam?!**



Hier nun die Liste meiner gezahlten Steuern und Abgaben:

Abgeltungssteuer	Ökosteuer
Baulandsteuer	Rennwettsteuer
Beförderungssteuer	Salzsteuer
Börsenumsatzsteuer	Schankerlaubnissteuer
Energiesteuer	Schaumweinsteuer
Erbschaftsteuer	Schenkungssteuer
Ergänzungsabgabe	Solidaritätszuschlag
Essigsäuresteuer	Speiseeissteuer
Feuerschutzsteuer	Spielbankabgabe
Gesellschaftsteuer	Spielkartensteuer
Getränksteuer	Stabilitätszuschlag
Gewerbesteuer	Stromsteuer
Grunderwerbsteuer	Süßstoffsteuer
Grundsteuer	Tabaksteuer
Hundesteuer	Tanzsteuer
Hypothekengewinnabgabe	Teesteuer
Investitionssteuer	Tonnagesteuer
Jagd- und Fischereisteuer	Umsatzsteuer
Kaffeesteuer	Vergnügungssteuer
Kinosteuer	Vermögensabgabe
Kirchensteuer	Vermögensteuer
Körperschaftsteuer	Verpackungssteuer
Konjunkturzuschlag	Versicherungssteuer
Leuchtmittelsteuer	Wechselsteuer
Lohnsteuer	Wertpapiersteuer
Kapitalertragsteuer	Zuckersteuer
KFZ-Steuer	Zündwarensteuer
Lustbarkeitssteuer	Zweitwohnungssteuer
Mineralölsteuer	

Kein Mensch als natürliche Person kann seine Grundrechte oder Menschenrechte verlieren indem er zu einem Handelsobjekt oder in eine juristische Person umgewandelt wird. Somit ist die lebenslange Verweigerung meiner Staatsbürgerschaft ein weiteres Kriegsverbrechen. Als Preuße habe ich nichts mit einer Feindstaatenklausel zu tun und bin Kriegsopfer. Mein Recht auf Eigentum ist zu beachten denn für Angehörige des Deutschen Reichs gilt die Verfassung von 1871.



**Der Mensch** hat ein Geburtsdatum, der legale Name der Person hat ein Datum des Wareneingangs  
Es ist nicht **Aufgabe der Polizei**, Menschen zu schützen, ihre Aufgabe ist es, die  
CORPORATION/"STAAT" zu schützen und Statutenbrecher zu bestrafen ( Department of Justice 376  
S.E. 2nd 247)

**Sui juris:** Die Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten zu regeln (...ohne jegliche gesetzliche  
Behinderung.) Black's Law 2nd Ed.

**Gesetz (law):** „Der Begriff wird auch benutzt als das Gegenstück von tatsächlicher Realität (Blacks  
Law 4<sup>th</sup> page 1028) sowie das, was niedergelegt ist“ (Blacks Law 6<sup>th</sup>) „sowie: dem der Bürger gehorchen  
und folgen muss, Strafen und legalen Konsequenzen unterworfen“ (Blacks Law 4<sup>th</sup>)

**legal:** „erschaffen durch das Gesetz Anmerkung: ein Gesetz, eine Sache kann nichts erschaffen  
sowie.... der Begriff wird auch benutzt als das Gegenteil von tatsächlicher Realität. (Blacks Law 6<sup>th</sup>)“

**Wir weisen folgende Rechtsvermutungen zurück:**

Kein Mensch würde für Menschen Rechte erschaffen, die ihn unter Aberkennung seiner  
unveräußerlichen Rechte verleugnen, deklassieren, als tot erklären oder zu einem Sklaven machen.

Ein Rechtssystem fremder Entitäten kann kein gültiges Rechtssystem für Menschen sein.

Auf einen Menschen kann kein irdisches Gesetz Anwendung finden, da er im Recht nicht definiert ist  
und somit als Vertragspartei fehlt. Mit der Begriffsbestimmung als niedriges Tier oder  
unterbelichtetes Monster würde kein gesunder Mensch übereinstimmen. Auch die Rechtsvermutung,  
dass es Gesetze geben kann, die, wenn unwiderlegt, zu weiteren „rechtmäßigen“ Gesetzen führen,  
die Rechtskraft erzeugen und Bindewirkung erlangen können, wird zurückgewiesen.

Der Mensch steht deshalb außerhalb jeglicher Rechtssysteme, denn Rechtssysteme befassen sich  
ausschließlich mit fiktionalen Personen.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das Rechtssystem und alle seine Erfüllungsgehilfen  
ausschließlich fiktionaler Natur sind, sie sind die fiktionalen Schriftsätze, die alleinig das Rechtssystem  
ausmachen.

Ein Mensch kann keine Verträge eingehen und an diese gebunden sein

Ein Mensch verfügt über naturgegebene, unveräußerliche Rechte, die ihm innewohnen, weil er ein  
Mensch ist

Corona bedeutet Kriegsgefangene als Sklaven zu verkaufen und beschreibt ein Begriff des  
Kriegszustandes in Tarnung und Täuschung. HLKO: Kriegsführung durch Kriegslisten gegen  
Zivilisten sind verboten.

Corona beschreibt einen Generalverdacht im Kriegszustand von entwaffneten  
Kriegsgefangenen (§§ 8-9 BKA-Gesetz DR 329/10, Art. 122, 123 genfer Abkommen III) zur  
Schaffung von Binnenflüchtlingen. Art. 24 HLKO (haager Landkriegsordnung) wird vom  
BKA (Bundesverwaltung) in Drucksache 329/10 als aktive Feindstaatenklausel benutzt, um  
den Zivilschutz in Art. 142, 143 genfer Abkommen III – SR 0.518.42 für Kriegsgefangene zu  
verhindern.

Bisher habe ich auf meine Anzeigen und Schriftsätze an Präsident Trump weder eine  
Eingangsbestätigung bekommen noch einen Bearbeitungsmodus. Es liegt eine  
außerordentliche Dringlichkeit vor und es bleibt völlig unverantwortlich das unser  
Sicherheitsproblem ignoriert wird. Wir werden bei der US Botschaft protestieren  
gegen eine solche Behandlung. Es ist ihre Pflicht unsere Sicherheit zu  
gewährleisten! Am 3. July werden wir unseren Protest über die US Botschaft an  
Präsident Trump übergeben.

Die Haager Landkriegsordnung ist für die Vertragsparteien und ihre  
Nachfolgestaaten in den Beziehungen untereinander weiterhin gültiges

Vertragsrecht. Ihre Prinzipien gelten darüber hinaus seit einigen Jahrzehnten als [Völkergewohnheitsrecht](#). Sie sind damit auch für Staaten und nichtstaatliche Konfliktparteien bindend, die dem Abkommen nicht explizit beigetreten sind. Darüber hinaus sind wesentliche Teile der Haager Landkriegsordnung in den später abgeschlossenen vier Genfer Abkommen von 1949, ihren zwei Zusatzprotokollen von 1977 sowie der [Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten](#) von 1954 erweitert und präzisiert worden. Die Haager Landkriegsordnung ist damit neben ihrer gewohnheitsrechtlichen Bedeutung auch der historische Ausgangspunkt wesentlicher [vertragsrechtlicher Teile](#) des gegenwärtigen humanitären Völkerrechts.

Mit dem [Genfer Protokoll](#) von 1925 wurde das in Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung enthaltene Verbot des Gebrauchs von giftigen Substanzen explizit bekräftigt und auf [bakteriologische Waffen](#) ausgeweitet. Im Jahr 1929 wurde mit dem Genfer [Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen](#) ein separates Abkommen zur Behandlung der Kriegsgefangenen verabschiedet, das 1949 überarbeitet und erweitert wurde. Trotz dieser neuen Konvention kam der Haager Landkriegsordnung während des Zweiten Weltkrieges eine besondere Bedeutung hinsichtlich der Behandlung der Kriegsgefangenen zu. Mit der [Sowjetunion](#) und [Japan](#) waren zwei Hauptmächte des Krieges nicht der Genfer Kriegsgefangenen-Konvention von 1929 beigetreten, jedoch Vertragsparteien der Haager Landkriegsordnung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1949 mit dem Genfer Abkommen „über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten“ auch für die Behandlung der Zivilpersonen ein eigenständiges Regelwerk geschaffen, das in vielen Bereichen weit über die Vorgaben der Haager Landkriegsordnung hinausgeht. Insbesondere die Einschränkung, dass die in der Haager Landkriegsordnung enthaltenen Regeln zum Umgang mit Zivilpersonen nur für eine Besatzungsmacht in einem besetzten Gebiet galten, entfiel mit dem Genfer Abkommen. Die Allbeteiligungsklausel war in den Genfer Abkommen von 1929 und 1949 nicht mehr enthalten. Wesentliche Teile aus der Haager Landkriegsordnung, die Beschränkungen hinsichtlich der Wahl der Mittel zur Kriegführung enthielten, gelangten schließlich mit dem Zusatzprotokoll I von 1977 „über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte“ ebenfalls in den Rechtsrahmen der Genfer Abkommen. Der Aspekt des Schutzes von [Kulturgütern](#) in bewaffneten Konflikten, der in der Haager Landkriegsordnung lediglich in zwei Artikeln ansatzweise enthalten ist, wurde 1954 in wesentlich erweiterter Form in der [Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten](#) umgesetzt.

Ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Haager Landkriegsordnung war darüber hinaus die Akzeptanz der Gültigkeit der in ihr formulierten Prinzipien als [Völkergewohnheitsrecht](#). Auch wenn hierfür kein exaktes Datum ausgemacht werden kann, wurde diese Rechtsauffassung erstmals 1946 in einer Entscheidung des [Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg](#) explizit bestätigt. Dies bedeutet, dass die Prinzipien der Haager Landkriegsordnung auch für Staaten und nichtstaatliche Konfliktparteien bindend sind, die dem Abkommen selbst nicht beigetreten sind. Das am 17. Juli 1998 verabschiedete und am 1. Juli 2002 in Kraft getretene [Rom-Statut](#) für den [Internationalen Strafgerichtshof](#) definiert in Artikel 8 [Kriegsverbrechen](#) in internationalen Konflikten als „schwere Verletzungen der Genfer Abkommen vom 12. August 1949“ sowie „schwere Verstöße gegen die innerhalb des feststehenden Rahmens des Völkerrechts im internationalen bewaffneten Konflikt

anwendbaren Gesetze und Gebräuche“. Hierzu zählen unter anderem Verletzungen von wichtigen Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung.

Bitte bestätigen Sie mir den Eingang sämtlicher Strafanzeigen schriftlich.

Mit freundlichen Grüßen